

Positionspapier

Digitale Potenziale von Startups: 5 Punkte zum Erreichen der Klimaziele

05.07.2022

Zusammenfassung

Um die deutsche Abhängigkeit von Erdgas-, Öl- und Kohleimporten zu beenden, muss die Stromerzeugung aus Sonne und Wind in den nächsten Jahren massiv ausgebaut sowie der Energieverbrauch drastisch reduziert werden. Laut Koalitionsvertrag soll der Anteil erneuerbarer Energien am Strommix von derzeit ca. 42 % auf 80 % in 2030 ansteigen. Gleichzeitig muss in allen Bereichen und Sektoren Energie eingespart werden, insbesondere beim Heizen von Gebäuden.

Dass Startup hierbei einen wichtigen Rolle spielen können und müssen, ist erklärtes politisches Ziel. So hält das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz im Entwurf zur Startup-Strategie fest: „Grüne Gründungen haben insbesondere bei der Energiewende und Erzeugung erneuerbarer Energien bereits bewiesen, welche entscheidende Beiträge sie leisten können. Ähnliche Beiträge sind auch in den Bereichen Energie- und Ressourceneffizienz, erneuerbare Ressourcen und Kreislaufwirtschaft, erneuerbare Wärme, Mobilität, Landwirtschaft und Ernährung möglich.“

Damit diese Ziele auch wirklich erreicht werden und Startups ihr Potenzial für einen schnelleren Erneuerbare-Energien-Ausbau und mehr Energieeffizienz besser ausschöpfen können, schlägt Get Started folgende Punkte vor:

1. Netzanschlussprozesse digitalisieren und vereinheitlichen
2. Datenzugang im Gebäude vereinfachen
3. Smart-Meter-Rollout beschleunigen
4. Smarte Thermostate und intelligentes Heizen fördern
5. Schnellere Bewilligung von Förderanträgen

71 Prozent

der Deutschen geht die Energiewende nicht schnell genug (lt. einer Studie von Bitkom Research 2022)

Netzanschlussprozesse digitalisieren und vereinheitlichen

Der dringend notwendige Zubau von Solaranlagen, Wärmepumpen, Stromspeichern und Ladesäulen/Wallboxen wird in Deutschland durch bürokratische Hürden und unterschiedlichen Anforderungen beim Netzanschluss behindert. So kann jeder der 900 Verteilnetzbetreiber individuelle Anforderungen an den Anschlussprozess stellen und eigene Dokumente in unterschiedlichen Formaten fordern. Vielfach kommt es zu Verzögerungen durch Missverständnisse beim Ausfüllen der Dokumente, Fristen werden oftmals nicht eingehalten. Bau und Inbetriebnahme von Energiewende-Technologien sind so für Startups, Investoren, Projektierer, Betreiber und Handwerker mit erheblichem bürokratischem Aufwand, vermeidbarer Komplexität und unkalkulierbaren Verzögerungen verbunden. Speziell Startups mit geringen Personalkapazitäten werden durch die anspruchsvolle Anforderungslandschaft vor große Herausforderungen gestellt.

Die administrativen Prozesse für Netzanschlussbegehren müssen deshalb bundesweit vereinheitlicht und digitalisiert werden. Der Ansatz aus der jüngsten EnWG-Novellierung (§ 14e), eine gemeinsame Internetplattform der Netzbetreiber für digitale Netzanschlussprozesse zu schaffen, geht bereits in die richtige Richtung, greift aber zu kurz. Im Sinne einer schnellen und umfassenden Digitalisierung sollte die Schaffung einer zentralen Plattform für alle Belange rund um die Energiewende angestrebt werden, die sowohl Erneuerbare-Energien-Anlagen als auch Speicher, Wärmepumpen und Ladeinfrastruktur umfasst.

Eine derartige Plattform sollte alle relevanten Informationen bereitstellen, einheitlich und niedrigschwellig zugänglich aufbereiten sowie alle Prozesse konsequent standardisieren. So sollte die Plattform leicht verständliche Angaben zu allen Messkonzepten (auch Mieterstrom) und einheitliche digitale Formulare zur Stellung von Anschlussbegehren deutschlandweit zentral und digital, d.h. web-basiert, bereitstellen. Bestehende Webportale für Anschlussanträge bei Verteilnetzbetreibern sollten verpflichtend Schnittstellen anbieten, damit Netzanschlussbegehren nicht nur händisch eingegeben, sondern auch automatisiert übermittelt werden können. Auch die durch Netzanschlussbegehren ausgelösten Prozesse bei Verteilnetzbetreibern sollten gekürzt und vereinheitlicht sowie Antwortfristen reduziert werden. Um weitere notwendige Funktionen zu eruieren, muss eine Anforderungsermittlung mit den beteiligten Stakeholdern durchgeführt werden. Neben Anschlussbegehren könnten zukünftig beispielsweise auch Jahresabrechnungen über die Internetplattform erfolgen oder eine Kommunikationsmöglichkeit im Sinne eines Ticketsystems implementiert werden.

Datenzugang im Gebäude vereinfachen

Ein fairer Datenzugang ist für Startups entscheidend, um innovative datengesteuerte Dienste im Gebäudesektor anzubieten und einen fairen Markteintritt zu ermöglichen. Da Startups eine entscheidende Rolle spielen können, um mit ideenreichen Konzepten und Produkten die Einsparpotenziale in Gebäuden auszuschöpfen, müssen Barrieren für den Datenzugang abgebaut werden. Es ist zu begrüßen, dass seitens der Politik diese Notwendigkeit erkannt und mit der Novelle der Heizkostenverordnung (HKVO) der Grundstein hierfür gelegt wurde. Demnach müssen bis 2026 alle Messgeräte (z.B. Zähler und Heizkostenverteiler) zur Verbrauchserfassung fernablesbar und interoperabel sein. Neben der monatlichen Mitteilungs- und Informationspflicht geht der Vorschlag der EU-Kommission zum Data Act, dass Nutzer das Recht haben diese Daten an Dritte weitergeben zu können, in die richtige Richtung. Aufgrund der interoperablen Datenweitergabe an Dritte würde es Startups ermöglicht werden, ihre innovativen Dienste ohne erhöhten Zeit- und Bürokratieaufwand anbieten zu können.

Der Vorschlag der EU-Kommission, KMU und Startups eine ausgewogene Verhandlungsmacht zur Aushandlung von Verträgen zur gemeinsamen Datennutzung zu geben, ist ebenfalls zu begrüßen. Dabei sollten Mustervertragsbedingungen entwickelt werden, um Startups und KMUs bei der Verhandlung fairer Verträge zu unterstützen. Die Datenschnittstellen erfordern Mindeststandards in der Datenbereitstellung, um die dezentrale Innovationskraft von Startups zu erschließen. Zudem ist es erforderlich, dass die geteilten Daten auch eine nützliche Qualität aufweisen (Granularität, Sendefrequenz, Auflösung). Nun gilt es diese Vorgaben möglichst schnell Realität werden zu lassen, Innovationshemmnisse abzubauen sowie die Umsetzung regelmäßig zu monitorieren und entsprechende Verfehlungen zu sanktionieren.

Smart Meter Rollout beschleunigen

Um die volatile Einspeisung von 100 % Ökostrom und den flexiblen Verbrauch von Elektrofahrzeugen und Wärmepumpen in unser Stromsystem integrieren zu können, muss der Rollout intelligenter Messsysteme (Smart Meter) schneller und einfacher werden. Smart Meter können die Basis für Netzstabilität, Versorgungssicherheit, Cybersicherheit und Datenschutz im digitalen, kleinteiligen und dezentralen Energiesystem der Zukunft sein. Als digitale Basisinfrastruktur ist das Smart Meter Gateway (SMGW) die Datendrehscheibe für Informationen rund ums Gebäude. Basierend auf dieser Infrastruktur können Startups innovative Geschäftsmodelle und neue Dienstleistungen, wie etwa in der Abfallwirtschaft oder Smart Home, entwickeln. Die erfolgreiche Digitalisierung der Energiewende mit dem SMGW als einer zentralen Komponente wird jedoch immer noch durch ein hohes Maß an Zuständigkeitsdiskussionen, komplexen Regelungen, bürokratischen Hürden sowie Verzögerungen bei technischen Standards behindert. Die BMWK/BSI-Roadmap sieht den Einbau von mehr als 15 Mio. SMGW bis 2030 vor. Anfang 2022 waren jedoch erst 150.000 intelligente Messsysteme verbaut. Weitere Verzögerungen zeichnen sich ab.

Um die Solaroffensive auf Dächern, den Ausbau der Elektromobilität und den Wärmepumpen-Hochlauf nicht zu gefährden, ist ein Umsteuern dringend geboten. Die Kompetenzen für den Rollout müssen im BMWK gebündelt und mit dem echten Willen zur Beschleunigung zentral gesteuert werden. Bei der Weiterentwicklung im Rahmen des SMGW-Roadmap-Prozesses sind klare Zeit- und Kostenrahmen und kleine Entwicklungsschritte notwendig, die pragmatischen Lösungen forcieren.

Zudem muss unmittelbar eine neue Markterklärung erfolgen, welche die vom BSI zurückgenommene Allgemeinverfügung ersetzt und wieder Rechtssicherheit schafft. Bis spätestens Ende 2022 müssen auch die Einbaufälle Submetering und Steuern von der Markterklärung umfasst werden. Die Technische Richtlinie BSI TR-03109-5 muss außerdem zeitnah verabschiedet und zügige Verfahren zur Zertifizierung der Systemeinheiten etabliert werden. Parallel muss eine gesetzliche Grundlage für die netzdienliche Steuerung von flexiblen Lasten geschaffen werden (Ausgestaltung § 14a EnWG).

Smarte Thermostate und intelligentes Heizen fördern

Der Gebäudesektor ist einer der Hauptverursacher von CO₂-Emissionen in Deutschland und einer der größten Konsumenten von Energie. Ob smarte Thermostate zur Steigerung der Effizienz von Heizungsanlagen oder innovativen Lösungen für das Submetering – Startups zeigen bereits jetzt, dass sie mit ihren digitalen Technologien den Energieverbrauch im Gebäudesektor senken können. Zur Erreichung der Klimaziele können sie so einen wichtigen Beitrag leisten, denn um klima- und umweltpolitisch den richtigen Hebel zur Energieeinsparung anzusetzen, werden digitale Lösungen eine entscheidende Rolle spielen. Die im Herbst 2021 veröffentlichte Bitkom-Studie „Klimaschutz und Energieeffizienz durch digitale Gebäudetechnologien“ zeigt: Digitalisierung und insbesondere der Einsatz von digitalen Gebäudetechnologien sowie Gebäudeautomation können über geringinvestive und schnell umsetzbare Maßnahmen fast ein Drittel zur Erreichung der Klimaschutzziele für das Jahr 2030 im Gebäudesektor beitragen.¹

Um die Potenziale innovativer Startups stärker zu nutzen, ist es zu begrüßen, dass im Koalitionsvertrag eine Förderung passgenauer und technologieoffener Maßnahmen zur Optimierung der Gebäudehülle, der technischen Anlagen sowie zur Erzeugung und Versorgung mit erneuerbaren Energien am Gebäude vorgesehen ist. Das Ziel muss sein, digitale Maßnahmen und Instrumente gleichberechtigt mit weiteren Ansätzen (Dämmung, Erneuerung von Heizungen etc.) in einen sinnvollen Zusammenhang zu bringen. Hierfür müssen Anreize gesetzt werden digitale Gebäudetechnologien einzusetzen und zu installieren. Da Vermietende aktuell die Kosten hierfür tragen, aber die Mietende durch die daraus resultierenden niedrigeren Energiekosten profitieren, wird der Ausbau digitaler Technologien durch das Investor-Nutzer-Dilemma ausgebremst. Eine Kopplung der CO₂-Bepreisung an die Energieeffizienz ist ein erster richtiger Schritt. Das schafft Investitionsanreize für mehr Klimaschutz und Energieeffizienz im Gebäudesektor. Je mehr Vermietende in energieeffiziente Lösungen

¹ Bitkom e.V., Studie - [Klimaschutz und Energieeffizienz durch digitale Gebäudetechnologien](#), 2021

investieren, desto geringer wird ihr eigener Beitrag bei der CO₂-Bepreisung. Gleichzeitig profitierten davon auch die Mietenden, da ihr Verbrauch reduziert wird. Zudem sollten Beratungsangebote für den Einsatz digitaler Gebäudetechnologien zur Emissionsreduktion geschaffen und mit finanziellen Anreizen unterstützt werden - vergleichbar mit der Beratung und Förderung bei der energetischen Gebäudesanierung.

Schnellere Bewilligung von Förderanträgen

Es ist zu begrüßen, dass zahlreiche Förderprogramme existieren, um die Energiewende und Dekarbonisierung der Energiewirtschaft zu beschleunigen. Doch sowohl die Bearbeitung der Förderanträge als auch die Bewilligung ist meist sehr komplex und aufwendig. Dies betrifft besonders Startups in der Früh- und Wachstumsphase, da diese häufig nicht die Expertise und Ausdauer haben, um komplexe Förderanträge zu bearbeiten und ohne Finanzierungssicherheit zu planen. Dies führt inzwischen zu einer Parallelindustrie im Innovationsberatungs-Gewerbe, in dem Berater hauptberuflich die Anträge für Startups schreiben. Exemplarisch für die Problematik für Startups ist z. B. das Förderprogramm „Ladeinfrastruktur vor Ort“, in dem öffentlich zugängliche Lademöglichkeiten gefördert werden. Doch es gibt zahlreiche Startups, die über ein Jahr auf die Bewilligung der Förderanträge warten müssen, was nicht mit ihrer Unternehmensreife und damit dem möglichen Planungshorizont vereinbar ist. Neben den finanziellen Unsicherheiten hemmen Verzögerungen und Planungsunsicherheiten die Skalierung von Startups. Sowohl die aktuellen Probleme bei den Lieferketten als auch die Installationskapazitäten aufgrund des Fachkräftemangels sind bereits eine echte Herausforderung, sodass langwierige Förderanträge als zusätzliche Hürde auf dem Weg zur Energiewende abgebaut werden müssen.

Ansprechpartner



Paul Hannappel

Referent Startups

T +49 175 5848829

P.Hannappel@bitkom.org



Sebastian Schaule

Referent Energie

T +49 175 5848851

S.Schaule@bitkom.org

Albrechtstraße 10 | 10117 Berlin | www.bitkom.org